

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Staatsminister Thorsten Glauber

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Gerd Mannes

Abg. Alexander Flierl

Abg. Marina Jakob

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Toni Schuberl

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes (Drs. 19/12403)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden, damit hat die Staatsregierung 14 Minuten Redezeit. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten.

Zur Begründung: Anpfiff für den Herrn Staatsminister Thorsten Glauber. Bitte.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, wertres Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung bringt die Anpassung des Klimaschutzgesetzes in den Bayerischen Landtag ein. Wir werden in der nächsten Dreiviertelstunde oder Stunde erleben, dass die von mir aus gesehen rechte Seite des Hauses den Klimawandel leugnen wird und die linke Seite des Hauses sagen wird: Ihr macht das Falsche und zu wenig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will bekräftigen, dass wir im Freistaat Bayern auf dem richtigen Weg sind. So wie der Innenminister die starken Zahlen der Polizei genannt hat, fange ich mit den starken Zahlen des Freistaat Bayerns zu den CO₂-Emissionen pro Kopf an. Der Freistaat Bayern hat aktuell 6,1 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf gegenüber im Durchschnitt 7,8 Tonnen in der Bundesrepublik Deutschland. Damit belegen wir, sehr verehrte Damen und Herren, einen Spitzenplatz, was die CO₂-Emissionen und damit natürlich auch die Pro-Kopf-Emissionen in Deutschland angeht.

Die Frage, die sich jetzt stellen wird, betrifft natürlich den Ländervergleich. Da möchte ich gleich mit den Flächenländern beginnen. In Nordrhein-Westfalen und dem Saarland haben Sie auf der linken Seite auch gemeinsam Verantwortung. Dort stehen

Sie bei über 10 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf. Ich sage es noch einmal: nicht 6,1 Tonnen wie in Bayern, Sie stehen dort bei über 10 Tonnen CO₂-Emissionen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Zuhören, Herr Kollege Stümpfig. Gehen wir weiter nach Hessen oder nach Rheinland-Pfalz. Auch dort tragen Sie Verantwortung. Dort stehen Sie deutlich über 6 Tonnen. Nur in Baden-Württemberg können Sie annähernd die gleiche Zahl wie Bayern aufweisen. Damit zeigt sich, dass der Freistaat Bayern immer eines getan hat: Er hat sich für erneuerbare Energien und für den Klimaschutz stark gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Stümpfig (GRÜNE):
Das stimmt nicht!)

Im neuen Klimaschutzprogramm werden wir 50 Maßnahmen ausweisen und damit dem Klimaschutz Raum geben. Es geht um die großen Felder Energie, ÖPNV, Moorschutz und klimaneutrale Staatsverwaltung, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen.

In der Klimaanpassung hat das Ministerium – das gehört natürlich auch zur Ehrlichkeit – in den letzten Jahren immer geliefert. Ich bin jetzt seit bald acht Jahren Umweltminister. Wir haben in den zwei Bereichen Hochwasserschutz für die Bürgerinnen und Bürger und Wasserversorgung alles Menschenmögliche getan. Wir haben den Kommunen in den letzten acht Jahren 1,6 Milliarden Euro für die kostendeckende Einrichtung der Wasserversorgung zugesprochen, damit mit Anpassungsmaßnahmen auf Veränderungen durch den Klimawandel reagiert wird, um die Wasserversorgung in Zukunft stabil zu halten.

Das Gleiche haben wir mit demselben Engagement im Hochwasserschutz für die Bürgerinnen und Bürger getan. Einen 100-prozentigen Schutz wird es nicht geben, aber die Bürgerinnen und Bürger können von dieser Staatsregierung immer eine Vorsorge erwarten, sehr verehrte Damen und Herren.

Bei den erneuerbaren Energien – auch das können Sie dann in die Debatte einbringen – belegt der Freistaat Bayern eine Spitzenposition. Bei der produzierten Menge Energie sind wir in Deutschland absoluter Spitzenreiter. Rund 75 % des Stromes in Bayern kommt aus erneuerbaren Energien. Wir haben unsere Hausaufgaben bei der Windkraft gemacht.

Jetzt liegt es tatsächlich am Bund, dass die sogenannten Südländer nicht benachteiligt werden, dass der Süden Deutschlands nicht benachteiligt wird, dass das Referenzertragsmodell nicht verändert wird, dass – wir haben über 900 Anlagen in der Pipeline; das ist ein großer Baustein – der Klimaneutralität im Freistaat Bayern Raum gegeben wird.

Wir wollen natürlich das Klimaschutzgesetz mit den Bundesvorgaben verschränken. Die Bundesvorgabe lautet: Klimaneutralität 2045. Es ist der einzig richtige Weg, das Gesetz so aufzustellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Über 90 % der Regulatorik und der gesetzgeberischen Maßnahmen im Klimaschutz sind Vorgaben des Bundes und von Europa. Wie eben beschrieben, ist es für den Freistaat Bayern alleine nicht stemmbar, davon abzuweichen. Ich werde Ihnen auch noch zeigen, warum das eben so schwierig ist, wenn 90 % der Regulatorik vorgegeben sind.

Dass der Freistaat Bayern die Nische von 10 % nutzt, sehen Sie an den 6,1 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf gegenüber anderen Bundesländern, die nur in der Phalanx des Bundes mitgehen. Das Engagement des Freistaats Bayern sieht man daran, dass er jährlich eine Milliarde Euro für den Klimaschutz einsetzt. Das ist gut und richtig und vor allem eines: Das ist wirksam. Ich sage es noch einmal: 6,1 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir werden in den nächsten Jahren weiter an den Maßnahmenpaketen arbeiten. Ich habe die großen Säulen angesprochen.

Lassen Sie mich ein Beispiel erwähnen: die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Als Minister fahre ich jetzt seit acht Jahren, seit 2018, komplett elektrisch. Im Jahr 2018 gab es in der Kreisstadt Forchheim genau zero, null HPC-Ladestellen. Das war an vielen Orten in Bayern und in Deutschland so. Heute gibt es in der Stadt Forchheim mindestens 70 Hypercharger HPC-Ladestellen. Der Freistaat Bayern spielt damit beim Ausbau der Ladestellen ganz vorne mit. Wir haben uns das Ziel gesetzt, im Freistaat Bayern 100.000 Ladesäulen zu installieren. Der Vergleich der Jahre 2018 mit 2026 bezüglich Forchheims zeigt die Bedeutung des Themas. Ich spreche von HPC-Ladesäulen, nicht von 20-kW- oder 11-kW-Ladesäulen. Daran sehen Sie: Das Thema wird mit Verve angegangen.

Klimaanpassung heißt aber natürlich auch, dass wir die Bundesgesetzgebung in unser Klimaschutzgesetz aufnehmen. Der Bund verlangt von uns, dass wir die Klimaanpassung auf die kommunale Familie übertragen. Wir werden das nicht einzeln auf die 2.056 Gemeinden in Bayern übertragen. Wir unterstützen unsere kreisfreien Städte und Landkreise ab dem 1. Januar 2028 mit den Bezirksregierungen bei der Erstellung der Klimaanpassungskonzepte für die Landkreise und gehen damit dieses Thema Hand in Hand an.

Ich bitte, am Ende des Tages noch eines in die Beratung aufzunehmen: Wir haben mehrmals auch im Bundesrat die Initiative gestartet, dass aus der CO₂-Bepreisung Mittel an die Länder fließen sollen. Wir haben vorgeschlagen, 25 % der Mittel aus der CO₂-Bepreisung an die Länder auszuzahlen. Für den Freistaat Bayern wäre das perspektivisch eine Milliarde Euro. Dieses Geld könnten unsere Gemeinden, Kommunen, Städte und Landkreise wunderbar einsetzen, um dieses Thema noch stärker nach vorne zu bringen.

Wir brauchen ein Klimaschutzgesetz, das ökologisch sinnvoll und sozial verträglich ist und vor allem den starken Wirtschaftsstandort Bayern am Ende nicht schwächt. Wir brauchen alles miteinander. Vor allem brauchen wir uns nicht zu verstecken. Bayern konnte seine CO₂-Emissionen auf 6,1 Tonnen pro Kopf reduzieren. Es gibt Bundesländer, die aktuell CO₂-Emissionen von über 10 Tonnen haben. Damit ist klar: Der Freistaat Bayern nimmt den Klimaschutz ernst. Die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen werden jedoch auf anderer Ebene nicht erfüllt. Sie können selber nachschauen. Lesen Sie die Reden Ihres früheren Klimaschutz- und Wirtschaftsministers Robert Habeck. Schauen Sie sich die Zahlen aus den Jahren 2023 und 2024 an. Dann wird klar, warum der Bund nicht geliefert hat, als Sie den Klimaschutz verantwortet haben. Ich habe noch Redezeit übrig. Jetzt sind Sie dran. Ich werde Ihnen entsprechend antworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat Herr Kollege Martin Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister Glauber, Sie wollen die Klimaziele in Bayern um 50 % abschwächen. Bisher hatten wir das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 auf 3,5 Tonnen zu reduzieren. Das soll jetzt auf 5,3 Tonnen abgeschwächt werden. Bis zum Jahr 2030 brauchen Sie fast gar nichts mehr zu tun, weil wir jetzt schon bei einem CO₂-Ausstoß von 6,1 Tonnen liegen. Gilt die Vorbildfunktion und die Verantwortung für die nächsten Generationen, wie sie derzeit im gültigen Klimagesetz steht, nicht mehr? Ist das auch Ihre persönliche Meinung? Schaut man heute raus, erlebt man Hitzewellen, die wir noch nie erlebt haben. Können wir wirklich die Ambitionen beim Klimaschutz herunterfahren und uns 50 % höhere CO₂-Emissionen in Bayern erlauben? Ist es deine persönliche Einschätzung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um den Klimaschutz abzuschwächen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Kollege Stümpfig, die Antwort ist einfach. Ich habe Robert Habeck angesprochen. In den Jahren 2023 und 2024 hat er vor der Presse erklärt, dass er sein Ziel für das Jahr 2030, den CO₂-Ausstoß um 65 % gegenüber dem Jahr 1990 zu senken, nicht einhalten werde. Maximal eine Reduzierung um 50 % könne erreicht werden. Wenn 90 % der Gesetzgebung bei der Klimaschutzpolitik vom Bund kommen, ist der Freistaat Bayern abhängig von einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik des Bundes.

Ihr Wirtschaftsminister und Klimaschutzminister Robert Habeck musste erklären, dass er die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 nicht um 65 %, sondern lediglich um 50 % senken kann. Leider hat Ihr Ministerpräsident auch in Baden-Württemberg erklären müssen, dass die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 statt um 65 % lediglich um 53 % gesenkt werden können. Er hat es mit den Worten erklären müssen: Wir werden es in Baden-Württemberg nicht ändern. – Damit geben Sie sich selber die Antwort, warum Baden-Württemberg am Ende dasteht wie auf Bundesebene. Wir hängen da dran. Hätten Sie im Bund erfolgreich Klimaschutz gemacht, wären die Ziele in Bayern auch erreicht worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Gerd Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Staatsminister Glauber, ich leugne gar nichts. Wir orientieren uns durchaus an der

Wissenschaft, das müssen Sie akzeptieren. Sie leugnen die weltweite Entwicklung anderer Staaten. Es bringt doch nichts, wenn Sie von Bayern aus die Welt retten wollen. Und Ihre Vergleiche mit CO₂-Emissionen im Saarland sind auch nicht zielführend, es tut mir leid.

Ihr Gesetzentwurf ist eine Kapitulationserklärung. Sie kapitulieren vor dem wirtschaftlichen Verfall, den Ihre Klimapolitik verursacht. Sie kapitulieren auch vor den Folgen hoher Energiepreise, die Sie selber herbeigeführt haben. Sie kapitulieren auch – das muss ich ganz klar sagen – vor den langjährigen Argumenten der AfD. So sieht es aus.

(Beifall bei der AfD)

Wir warnen seit dem Jahr 2018 vor der zerstörerischen Folge der Klimapolitik. Wir warnen vor drohenden Billionenkosten bei der Energiewende. Wir warnen vor dem Niedergang des Industriestandorts Bayern. Fakt ist: Sie haben bisher nicht auf uns gehört und gegen jede Vernunft auf ökosozialistische Planwirtschaft gesetzt. Herr Söder hat noch im Jahr 2019 Bäume umarmt und wollte grüner sein als die GRÜNEN. Sie haben Milliarden verschleudert, die für andere wichtige Dinge fehlen, wie beim Ausbau im Hochwasserschutz, bei der Gewässerinfrastruktur und bei der Wasserversorgung. Sie haben lieber Klimaschutz gespielt. Benziner werden verboten und Heizungen verteuert. Den Preis für Ihren Klima-Hokuspokus zahlen die Bürger in Bayern. Jetzt wollen Sie Ihr sinnloses Klimaschutzgesetz aufweichen. Der ökonomische Milliardenverlust ist aber schon da. Kohlekraftwerke sind abgeschaltet und die Kernkraftwerke gesprengt. Da helfen auch keine 1.000 Windmühlen – das haben Sie gerade ausgeführt –, weil sie nicht grundlastfähig sind. Was Sie Klimaschutz nennen, nennen wir Zerstörung von Volksvermögen. Das ist ganz klar.

(Beifall bei der AfD)

Das Bayerische Klimaschutzgesetz muss nicht aufgeweicht, sondern abgeschafft werden. Ihr Gesetzentwurf liest sich wie eine Ausrede. Sie reden sich ein bisschen mit

dem Bundesrecht heraus. Sie wollen aber vor allem von Ihrem eigenen Versagen aus der Vergangenheit ablenken.

Herr Glauber, es gab nie die Notwendigkeit für ein besonders scharfes Klimagesetz in Bayern. Das gab es nicht. Im Jahr 2021 haben Sie diesen Unsinn im grünen Rausch eingeführt. Jetzt hat sich der politische Wind gedreht und Herr Söder flattert wie ein Fähnlein im Wind wieder in die andere Richtung. Aber dieser Schlingerkurs der Staatsregierung hat großen Schaden angerichtet. Die Industrie in Bayern verliert jedes Jahr Zehntausende Arbeitsplätze. Seit dem Jahr 2019 sind es knapp 100.000 Stellen. Das ist auch die Schuld der Staatsregierung. Wenn Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern, verschwinden ganze Lieferketten; Zulieferer und regionale Kaufkraft, Steueraufkommen gehen verloren. Seit dem Jahr 2009 haben wir bei den Direktinvestitionen ein Minus von fast 300 Milliarden Euro. Das Kapital wurde aus Deutschland abgezogen und in Länder ohne grüne Gesetzgebung und ohne ideologische Klimaschutzgesetze wie China oder die USA investiert. Nicht nur das Kapital flüchtet, auch die Menschen suchen teilweise ihr Glück im Ausland.

Also noch einmal: Wir brauchen nicht weniger Klimaschutzgesetzgebung, wir brauchen überhaupt keine mehr. Weg mit den Klimagesetzen, weg mit den unbezahlbaren Bauvorschriften und Schluss mit der CO₂-Steuer!

(Beifall bei der AfD)

Herr Glauber, wissen Sie, was wir brauchen? – Eine Motorsäge muss her. Das haben wir heute Morgen schon ein bisschen angeschnitten. Wir brauchen einen kompletten politischen Befreiungsschlag von sinnlosen Gesetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Herr Schuberl, Sie können nachher noch etwas fragen. Ihre grüne Transformation ist kein Modernisierungsprogramm, sondern ist und war ein problematischer Kosten-

treiber, ein Sargnagel für unseren Wohlstand. Das ist aus unserer Sicht einfach ein historischer Irrtum.

Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf ab. Wir fordern – das kann ich hier noch einmal ganz klar sagen – die vollständige Aufhebung des Klimaschutzgesetzes. Als Begründung sage ich noch einmal: Wir können von Bayern aus nicht das Weltklima retten.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Alexander Flierl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Alexander Flierl (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Klimaschutz braucht ein ambitioniertes Vorgehen. Es braucht Innovationskraft, Investitionen und auch den festen Willen, Verantwortung für kommende Generationen zu übernehmen. Wer den Klimawandel leugnet, die Auswirkungen einfach verniedlicht, kleinredet und bagatellisiert, wer die Augen vor den Auswirkungen des Klimawandels verschließt, der sägt nicht nur an dem Ast, auf dem er sitzt, sondern der versündigt sich auch an der Zukunft unseres Landes und der nachfolgenden Generationen.

(Beifall bei der CSU)

Genauso braucht es aber neben Investitionen, Innovationen und der Verantwortung, die wir übernehmen wollen, Augenmaß; denn eine erfolgreiche Klimapolitik entscheidet sich eben nicht allein an der Formulierung von Zielen. Sie entscheidet sich daran, ob Ziele mit den richtigen Instrumenten unterlegt werden und Maßnahmen tatsächlich Wirkung entfalten. Genau diesem Anspruch wird die heutige Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes gerecht.

Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Das gelingt nicht im Alleingang eines Bundeslandes, sondern das gelingt nur im Zusammenspiel von Europa, Bund und den einzelnen Ländern. Gerade in einem föderalen System kommt es darauf an, dass jede Ebene ihre Verantwortung wahrnimmt und ihre Handlungsmöglichkeiten konsequent

nutzt. Wer über Klimaschutz spricht, muss deshalb auch ganz klar über Zuständigkeiten sprechen. Deswegen müssen wir uns auch einmal die Realität anschauen.

Wer entscheidet über den Europäischen Emissionshandel? – Nicht Bayern. Wer legt Gebäudestandards und Energieeffizienzvorgaben fest? – Nicht Bayern. Wer bestimmt über CO₂-Bepreisung, den Strommarkt oder die zentralen Rahmenbedingungen für Industrie und Verkehr? – Nicht Bayern. Wer setzt die Leitplanken für eine Finanzierung in der Agrarpolitik? – Ebenfalls nicht Bayern.

In nahezu allen emissionsrelevanten Bereichen setzt Europa den Rahmen. Der Bund füllt diesen Rahmen entsprechend gesetzlich aus, und Bayern nutzt die verbliebenen Handlungsmöglichkeiten und Spielräume konsequent; ob bei der Planung, der Genehmigung, der Förderung oder der Unterstützung von Innovationen.

Genau diese Kompetenzverteilung zeigt aber auch, wie eng und eingeschränkt unser landesgesetzgeberischer Spielraum hier überhaupt ist. In den Bereichen Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfall spielt die Musik eben auf europäischer Ebene und auf der Bundesebene. Wir füllen letztendlich nur den letzten verbliebenen Rest aus. Deshalb kann und darf sich Bayern nicht von diesen Rahmenbedingungen abkoppeln.

Wer so tut, als würde ein Bundesland allein über den Zeitpunkt der Klimaneutralität entscheiden, beschreibt eben nicht die föderale Wirklichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Erfolgreicher Klimaschutz entsteht dort, wo Verantwortung und Zuständigkeit zusammenfinden. Vor diesem Hintergrund lohnt sich auch ein Blick auf unser bisheriges Klimaziel.

Als wir uns das Ziel gesetzt haben, bereits 2040 klimaneutral zu werden, war das ein bewusst ambitioniertes Ziel und ein Signal. Dieses Ziel und dieses Signal haben

Innovationen angestoßen, Investitionen befördert und deutlich gemacht: Bayern will Verantwortung übernehmen, Bayern will Vorreiter sein.

An diesem Anspruch, Vorreiter zu sein, Verantwortung zu übernehmen, hat sich bis heute nichts geändert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was sich aber verändert hat, sind die rechtlichen und die tatsächlichen Rahmenbedingungen. Deshalb werden mit diesem Gesetzentwurf die bayerischen Klimaziele mit den nationalen Zielvorgaben synchronisiert.

Wir synchronisieren unser Klimaziel mit dem Bund, nicht weil wir weniger wollen, sondern – ganz im Gegenteil – weil wir die Realitäten ernst nehmen; denn gleichgerichtete Klimaziele bieten im föderalen System die besten Voraussetzungen dafür, dass Europa, der Bund und die Länder gemeinsam handeln,

(Zuruf von den GRÜNEN)

Maßnahmen ineinandergreifen und Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere Wirtschaft so gering wie möglich bleiben. Genau darauf weist auch die Begründung des Gesetzentwurfs ausdrücklich hin.

Es gehört noch etwas zur Wahrheit: Der Bayerische Klimarat selbst hat deutlich gemacht, dass nicht das Zieljahr, sondern die Wirksamkeit der Maßnahmen entscheidend ist. Nicht Jahreszahlen bringen den Klimaschutz voran, sondern wirksame Maßnahmen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das ist auch das, was wir ganz klar mit unserem Klimaschutzgesetz, aber auch mit allen weiteren Strategien und Maßnahmen unterstreichen.

(Beifall bei der CSU)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Bayerns Klimapolitik auf ein Zieljahr reduziert,

(Zuruf von den GRÜNEN)

greift eindeutig zu kurz. Unsere Klimapolitik besteht aus weit mehr. Sie ist eine Gesamtstrategie, die auf vier Säulen ruht.

Erstens. Sie besteht aus ambitionierten Minderungszielen. Deswegen bleibt unser Anspruch bestehen, dass Bayern bei den Treibhausgasemissionen je Einwohner dauerhaft unter dem Bundesdurchschnitt liegen will. Bayern will seinen Beitrag leisten, und zwar besser als der Durchschnitt Deutschlands.

Zweitens. Sie besteht aus einem wirksamen Klimaschutzprogramm. Klimaziele werden nicht durch Überschriften, sondern durch konkrete Maßnahmen in der Energieversorgung, im Gebäudebereich, im natürlichen Klimaschutz, bei der Mobilität, aber ganz klar auch bei der Innovation, bei GreenTech und CleanTech erreicht.

Drittens. Deswegen brauchen wir auch eine vorausschauende Klimaanpassungsstrategie gerade bei dem, was wir als kritische Infrastruktur sehen. Wir haben beim Wasser, beim Abwasser, beim Schutz unserer Wälder, beim Schutz unserer Landwirtschaft alle Maßnahmen in eine Klimaschutzstrategie hineingepackt, um hier fit für die Zukunft zu sein, damit wir die Bürgerinnen und Bürger, aber auch unsere Lebensgrundlagen vor den Auswirkungen des Klimawandels schützen.

Viertens. Darüber hinaus bedarf es einer verlässlichen Finanzierung. Mit der Klimamilliarde hinterlegt Bayern seinen klimapolitischen Anspruch Jahr für Jahr mit erheblichen Investitionen in Klimaschutz und in Klimaanpassung.

Deswegen ist es für uns auch ganz klar, dass in genau diesem Zusammenspiel der Maßnahmen, in dem Zusammenspiel dieser Bausteine unser klimapolitischer Anspruch eine wirksame Klimapolitik wird. Wir leisten hier ganz praktisch und zeigen

anschaulich auf, wie Klimaschutzpolitik funktioniert: wirksam, effektiv und insbesondere stark finanziert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen ist diese Gesetzesänderung auch weit mehr als die Anpassung eines Zieljahres. Sie setzt bundesrechtliche Vorgaben zur Klimaanpassung effizient und unbürokratisch um. Außerdem bündelt sie die Erstellung der Klimaanpassungskonzepte bei den Regierungen. Dadurch werden unsere Landkreise und unsere Kommunen insbesondere finanziell, aber auch im Hinblick auf diese konzeptionelle Arbeit entlastet, weil von den sieben Regierungen gleichgerichtet für alle Landkreise und kreisfreien Städte, soweit sie nicht schon ein Klimaanpassungskonzept haben, diese Arbeiten übernommen werden. Auch das ist eine kommunalfreundliche Politik, und auch das unterstreicht den Anspruch der Bayerischen Staatsregierung und der Regierungsfractionen in diesem Haus, zugunsten und mit den Kommunen beim Klimaschutz etwas zu erreichen und weiter voranzukommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz braucht Ehrgeiz, jawohl. Des Weiteren braucht er Innovation, Investition, aber auch Akzeptanz. Vor allem braucht er jedoch das entschlossene Zusammenwirken aller politischen Ebenen. Deswegen ist diese Novelle kein Schritt zurück, sondern sie ist der Schritt von einem isolierten Landesziel hin zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Europa, dem Bund und den Ländern.

Klimaneutralität erreichen wir nur in einem entschlossenen Zusammenwirken aller politischen Ebenen. Deswegen bemisst sich die bayerische Klimapolitik auch nicht an einer einzelnen Jahreszahl, sondern an der Kraft ihrer Gesamtstrategie, an den vier Säulen, die ich Ihnen dargestellt habe, nämlich an den ambitionierten Minderungszielen, an konkreten Maßnahmen, an einer wirksamen Klimaanpassung und an einer verlässlichen Finanzierung.

Genau diese Strategie führt uns auch weiter bei dem großen Ziel, im Klimaschutz weiter voranzukommen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Aus diesem Grund

wird Bayern hier auch künftig seinen Beitrag leisten: verantwortungsvoll, wirksam und mit Außenmaß.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Flierl, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Dazu hat der Abgeordnete Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Flierl, Sie sagten, die Rahmenbedingungen im Bund hätten sich geändert. Die Hälfte der deutschen Bundesländer hat ein Klimaziel 2040 oder früher; Baden-Württemberg hat das erst neu beschlossen. Warum haben sich dann anscheinend nur für Bayern irgendwelche Rahmenbedingungen geändert?

Eine weitere Frage habe ich zu den Stellungnahmen. Von den Verbänden wurden 21 Stellungnahmen abgegeben. Im Vergleich zum Entwurf haben Sie nicht einmal ein Komma geändert. Ist das Ihre Meinung, wie man mit den Stellungnahmen von Expertinnen und Experten umgehen kann?

Speziell bezogen auf Klimaanpassungskonzepte haben zum Beispiel alle gesagt: Die Kommunen sollen das machen und nicht die Regierungen. Die Kommunen sollen hier die Feder in die Hand nehmen. Das ist eigentlich der Ansatzpunkt. Ist es wirklich richtig, dass man das jetzt an die Regierungen gibt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Flierl, bitte.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege Stümpfig, Sie wissen doch genau, dass sich die Rahmenbedingungen auf der Bundesebene geändert haben. Das Bundes-Klimaschutzgesetz hat die Verbindlichkeit der Sektorenziele aufgegeben und stellt jetzt letztlich auf die Gesamtemissionsbilanz ab.

Ich habe es eben dargestellt: Gerade im Gebäudebereich, bei der Mobilität, beim Verkehr und insbesondere bei der CO₂-Bepreisung spielt die Musik ganz einfach in Brüssel und in Berlin. Deswegen müssen wir unser Klimaschutzgesetz anpassen. Das ist das Entscheidende.

Wir verschränken uns hier, und alle anderen Bundesländer sollen dann eben einmal schauen, welchen Spielraum sie überhaupt noch haben. Ich bleibe dabei, und ich habe es auch immer verteidigt. Ich verteidige aber insbesondere nicht, dass wir nur an einem Zieljahr, an einer Jahreszahl festhalten, festkleben. Vielmehr verteidige ich den Anspruch Bayerns, dass wir Vorreiter sein wollen und uns vorrangig für den Klimaschutz einsetzen. Das ist unser Ziel, dafür treten wir ein und da lassen wir uns nicht an einem Zieljahr festhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Martin Stümpfig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Neue deutsche Allzeithitzerekorde! 40, 41, 42, sogar 43 Grad sind dieser Tage prognostiziert. Die Hitze ist das schlimmste und gefährlichste Unwetter, das wir haben.

(Andreas Winhart (AfD): Es ist Sommer!)

Wenn in diesen Tagen die Temperaturen über 40 Grad steigen, dann sterben viele Menschen in Europa, dann sterben viele Menschen in Deutschland, dann sterben viele Menschen in Bayern. Das ist ein leiser Tod, er ist aber nicht weniger dramatisch.

Die Hitzewellen nehmen zu, sie treten häufiger auf, sie werden intensiver, sie dauern länger an. Und die Söder-Regierung tut jetzt einmal wieder so, wie wenn das aus heiterem Himmel käme, und schwächt genau in dieser Zeit, in der wir alle am eigenen

Körper spüren, dass sich die Klimakrise zuspitzt, das eigene Klimaschutzziel massiv ab. Das ist ein riesengroßer Fehler. Das ist fatal und schließlich – so muss man sagen – ein tödliches Vorhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie planen nun, auf Bayern die bundesdeutschen Durchschnittswerte pro Kopf anzuwenden. Wir hatten bisher das Ziel, in Bayern bis 2030 3,5 Tonnen pro Kopf zu erreichen. Jetzt wollen Sie es auf 5,3 Tonnen abschwächen, wenn man das auf die bundesdeutschen Ziele übersetzt. Das sind um 50 % schlechtere Werte. In diesen Tagen, in denen wir wirklich spüren, es geht ans Eingemachte, nehmen Sie sich heraus, bis 2030 um 50 % höhere CO₂-Emissionen zu verursachen.

Wenn man diese CO₂-Werte als Budget bis zum Jahr 2045, wo Sie sich noch einmal viel länger Zeit lassen, hochrechnet, so sind es über 300 Millionen Tonnen, die Bayern hier in einer Zeit, in der es wirklich dramatisch ist, zusätzlich ausstoßen wird – in einer Zeit, in der Hitzewellen immer stärker werden, in der Starkregenereignisse zunehmen, in der die Dürre zunimmt. Das kann doch nicht Ihre Antwort auf eine sich zuspitzende Klimakrise sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir hören dann von Staatsminister Glauber, man müsse das mit anderen Bundesländern synchronisieren. – Nein, das ist eben nicht so. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen – Bremen hat sogar 2038 – haben alle ehrgeizige Klimaziele bis 2040.

Herr Staatsminister, das müssen Sie einmal erklären: Wie kann es sein, dass Bayern sich hier hinstellt und sagt, wir sind Vorreiter, während Bayern seine Klimaziele massiv abschwächt?

(Martin Wagle (CSU): Unsinn! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Krampf!)

Das ist doch wirklich das vollkommen falsche Signal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dann machen Sie auch noch Taschenspielertricks. Zum Beispiel werden die Stromimporte nicht bilanziert. Mittlerweile importiert Bayern aus anderen Bundesländern den Strom für ein Viertel seines Stromverbrauchs.

(Martin Wagle (CSU): Grundlast! Das wollten Sie doch!)

Das macht die Bilanz in den anderen Bundesländern schlechter, aber Sie bilanzieren das nicht einmal. Das heißt, zugespitzt gesagt: Je mehr Strom Sie aus dem restlichen Deutschland beziehen, je öfter die Kohlekraftwerke dort laufen müssen, desto höher sind die Emissionen in ganz Deutschland und desto mehr kann sich Bayern praktisch erlauben, weil die Deutschlandwerte schlechter werden.

(Martin Wagle (CSU): Das ist doch Grundlast!)

Auf so einen Taschenspielertrick kommt doch wirklich nur die Söder-Regierung, kommen doch nur Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN. Das ist wirklich unglaublich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Ohne Grundlast geht es nicht!)

Sie haben sich vom vorbeugenden Klimaschutz verabschiedet, aber auch bei der Klimaanpassung machen Sie nur das Minimale. Die Ampel-Regierung hat ein Klimaanpassungsgesetz beschlossen, das Sie jetzt umsetzen müssen. Sie machen es aber so, dass Sie zum Beispiel sagen, das müssen die Regierungen machen. Das soll dann in allen Landkreisen in Bayern gemacht werden, aber Sie sagen, eine Fortschreibung soll nur alle 15 Jahre gemacht werden; es darf nicht mehr kosten als 100.000 oder 200.000 Euro.

Mein Landkreis ist so groß wie das Saarland. Dort dürfen wir jetzt nur 100.000 bis 200.000 Euro ausgeben. Darin soll alles impliziert sein. Damit sollen dann Starkregenereignisse, die Hitzewellen usw. usf. erfasst werden.

Die Kommunen lassen Sie überhaupt nicht mitreden. Die Kommunen müssen aber mitreden; denn da geht es echt ans Eingemachte. Da muss man sagen: Wo kommen Parkplätze weg? Wo kommen mehr Grünflächen hin? Was müssen wir für Frischluftschneisen freihalten? Das wollen Sie alles den Regierungen für ein minimales Geld aufgeben.

Sie sagen nicht, bis wann das gemacht werden muss. Das ist wirklich mehr als lächerlich. Das ist keine Klimaanpassung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, dann kommen Sie bitte zum Schluss.

Martin Stümpfig (GRÜNE): So kann man als Fazit nur sagen: Dieses Klimaschutzgesetz zementiert das Versagen der Staatsregierung beim Klimaschutz. Wir GRÜNE werden alles dafür tun, dass es so nicht beschlossen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist für die FREIEN WÄHLER die Kollegin Marina Jakob. Bitte, Sie haben das Wort.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorneweg, Kollege Stümpfig: Glauben Sie wirklich, nur weil wir die Zahl 2040 in unserem Gesetz streichen, könnten wir Bayern alleine diese aktuelle Hitzewelle aufhalten, könnten wir so etwas, wie es jetzt draußen gerade passiert – gut zwei Wochen Hitze; ich gebe zu, es ist warm –, verhindern? – Das ist eine Farce, Sie verarschen die Leute; es ist einfach nicht richtig, was Sie erzählen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Benjamin Adjei (GRÜNE):
Warum haben Sie es dann überhaupt reingeschrieben? – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir in Bayern, wir wollen Klimaschutz, aber mit unseren Unternehmen. Wir wollen aber auch Klimaanpassung, weil wir wissen, dass uns Klimaschutz alleine vor der Klimaerwärmung nicht retten wird.

Bayern ist eines von 16 Bundesländern, bezogen auf die ganze Welt ist Bayern ein kleiner Ort. Wir werden den Klimaschutz weiter gestalten, aber wir allein werden die Klimaerwärmung nicht aufhalten.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ach, so ein Quatsch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Alle Klimaschutzmaßnahmen kosten Geld. Liebe Kollegen von den GRÜNEN, wer bezahlt denn diese Maßnahmen? Sie haben gerade vom Bundes-Klimaanpassungsgesetz gesprochen, das wir in Bayern so stümperhaft umsetzen würden. Woher kommt denn das Geld? – Es gibt vom Bund für die Umsetzung kein Geld. Die Kommunen sollen es wieder selber tragen. Sie sollen wieder selber das Geld ausgeben. Wenn vom Bund kein Geld kommt, was Sie damals, als Sie noch mit in der Regierung waren, beschlossen haben, dann können Sie uns jetzt nicht vorwerfen, wir würden das nicht richtig umsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unsere Unternehmen arbeiten auf einen klimaneutralen Prozess hin. Egal in welches Unternehmen ich komme: Jeder stellt mir vor, was er tut, um seinen CO₂-Fußabdruck zu reduzieren. Sie investieren massiv in Photovoltaikanlagen, sie gestalten Produktionsprozesse klimafreundlicher, sie setzen sich in ihren Unternehmen selber für die Reduktionsziele ein und bauen die Kreislaufwirtschaft auf. Das tun sie alles jetzt schon, ohne dass sie eine Zahl vor den Augen haben.

Wir geben ihnen aber einfach mehr Luft, mehr Freiheit, mehr Spielraum, mehr Bewegungsfreiheit, damit sie auch gut wirtschaften können. Wir wollen in Bayern eine starke Wirtschaft haben, weil die Unternehmen dann Steuern zahlen, mit denen wir

Maßnahmen wie Klimaanpassung, Hochwasserschutz, Maßnahmen vor Ort bezahlen können. Anders funktioniert das einfach nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Herr Staatsminister hat es ausgeführt: Wir sind abhängig von der Bundes- und von der europäischen Gesetzgebung und haben in Bayern nur minimale Spielräume.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Quatsch!)

Diese nutzen wir auch dann, wenn dort keine Jahreszahl mehr steht. Wir verschränken uns mit den Zielen des Bundes. Wir wollen besser sein – und das werden wir auch sein.

Wir haben ein Klimaschutzprogramm mit 68 Maßnahmen, die ganz massiv in diese Richtung zielen. Wir wollen die Leute mitnehmen, wir wollen es mit ihnen machen.

Kollege Stümpfig, wenn ich Ihre Reden höre, verstehe ich immer nicht, in welcher Welt Sie denn leben. – Sehen Sie denn nicht, dass es den Leuten draußen gerade nicht gut geht,

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wegen der Hitze geht es ihnen nicht gut!)

dass es wirtschaftlich schwierig ist? Und Sie wollen immer noch mehr Steuern, noch mehr Arbeitsplätze zerstören. Unsere Unternehmen sind nicht wettbewerbsfähig. Dabei ist ein Punkt Ihr harter Klimaschutz, Ihr strenger Weg, in dem es kein Links und kein Rechts gibt. Das gute Ziel in der Mitte fehlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Uns in Bayern ist der Klimaschutz wichtig. Wir haben das bewiesen. Auch wenn das Ziel 2040 überaus ambitioniert war, hat man es damals ins Gesetz reingeschrieben. Ich verstehe es ohnehin nicht, warum man Ziele definiert, die absolut nie erreichbar sind. Auch die anderen Bundesländer, die Sie angesprochen haben, werden diese

Ziele nie erreichen. Man kann viel auf Papier schreiben, Papier ist geduldig. Deswegen machen wir in Bayern das mit Sinn und Verstand.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): War es vorher dann Unsinn?)

Staatsminister Thorsten Glauber, vielen Dank für deine Ausarbeitung des Gesetzes, auch an dein Haus und das ganze Arbeiterteam. Ich glaube, wir in Bayern sind hier auf einem guten Weg. Wir geben hier das richtige Signal an die Menschen und an die Wirtschaft, dass wir auch in Zukunft beides machen: Klimaschutz und Klimaanpassung. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erhält der Kollege Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Kollegin Jakob, der Vizeministerpräsident und Ihr Parteivorsitzender Aiwanger hat dieser Tage gesagt: Bei der Frage, ob langfristig die Erde insgesamt heißer wird oder wieder eine Kältephase kommt, gehe es irgendwo in einen Bereich, wo sich selbst die Experten stritten.

Geben Sie Ihrem Parteivorsitzenden hier recht? Oder sagen Sie wie Tausende, alle Experten des Klimarates – wir haben jetzt mittlerweile sechs Klimaberichte vorliegen –, dass es immer heißer wird und die Klimakrise sich zuspitzt? Was ist Ihre persönliche Meinung? Sind Sie eher auf der Seite von Herrn Aiwanger, dass es jetzt bald wieder kälter wird, oder glauben Sie der Wissenschaft?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Ich kenne das Zitat nicht und weiß auch nicht, in welchem Zusammenhang er es erwähnt hat oder was davor und danach noch kam. Deswegen werde ich mich dazu nicht äußern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Was ist Ihre eigene Meinung!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Jetzt seid doch bitte mal ein bisschen ruhig da drüben. Das gilt auch für meine eigene Fraktion, Herr Kollege Weigert und Co. – Bitte, Herr Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt gute Geister der Vernunft, des gesunden Menschenverstands, der Weitsicht und der Barmherzigkeit. Während wir heute über dieses Gesetz diskutieren, erlebt Bayern eine extreme Hitzewelle. Seit Tagen liegen die Temperaturen weit über 30 Grad. Örtlich kratzen sie an der 40-Grad-Marke. Heute früh habe ich gehört, es sei die heißeste Nacht in einem Juni seit Wetteraufzeichnung, jetzt, im Juni, und nicht erst im Hochsommer.

(Zuruf von der CSU: Der Hitzegeist! – Unruhe und Lachen bei der CSU)

Ich frage mich: Wo sind die guten Geister der CSU und der FREIEN WÄHLER hingekommen, wenn wir jetzt beschließen, dass wir es noch schlimmer machen?

(Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Insbesondere für ältere Menschen und Kranke – Sie lachen da; Sie haben da anscheinend keine Barmherzigkeit – sind diese Temperaturen brandgefährlich. Dazu kommt die Waldbrandgefahr. Die Landwirtschaft kämpft mit Trockenstress. In den bayerischen Städten werden Familien im Moment noch gebeten, keine Planschbecken

aufzustellen. Wir sind in die Top Ten der höchsten Jahresmittelwerte seit 1951 aufgestiegen: auf Platz zehn. Manche meinen, dass das Versiegen der Quellen und Brunnen in Bayern normal sei.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Der Klimawandel ist längst da, und genau in dieser Woche beraten wir einen Gesetzesentwurf, mit dem die Staatsregierung ihr eigenes Klimaziel – das ist nicht das Klimaziel der SPD oder der GRÜNEN oder der AfD; für die gibt es ja kein Klima – aufgibt.

(Michael Hofmann (CSU): Habt ihr das damals abgelehnt?)

Es wird aufgegeben. Beim Klimaschutz großspurig als Tiger gesprungen – wir sind besser als die anderen, wie immer – und als Kätzchen gelandet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Genauso kündigen Sie an anderen Stellen an und liefern nicht, sei es bei der Digitalisierung, bei der Barrierefreiheit. Große Sprüche und wenig – Den Rest können Sie selber dazudenken.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wo denn bei der Digitalisierung?)

Die "Süddeutsche Zeitung" hat geschrieben, es sei ein blöder Zufall, wenn gerade jetzt bei diesen Temperaturen dieses Thema kommt. Ich finde, sie hat natürlich recht. Dieser Gesetzesentwurf passt sehr gut zu einer Staatsregierung, die die Folgen des Klimawandels zwar täglich vor Augen hat, aber ihren eigenen – noch einmal: ihren eigenen – klimapolitischen Anspruch jetzt aber zurückfährt, wo es draußen so heiß ist. Das versteht niemand mehr.

(Martin Wagle (CSU): Sollen wir es im Winter machen?)

Getreu dem Motto: Wir machen die Augen zu, und irgendwann hört die Hitze schon auf, und dann brauchen wir nichts zu machen.

Dementsprechend erklärt uns die Staatsregierung heute, warum ausgerechnet jetzt weniger Ehrgeiz beim Klimaschutz die richtige Antwort sei.

(Martin Wagle (CSU): Nächste Woche ist es kühler!)

Ausgerechnet jetzt! Noch vor wenigen Jahren war die Klimaneutralität bis 2040 das große bayerische Versprechen, Markus Söder vorne dran. Bayern wollte wieder schneller sein. Hat Sie der Mut verlassen? Sie hatten doch einen Plan, oder nicht? – Sie wollten doch das Ziel 2040 erreichen. Nicht wir haben gesagt: Macht das so! –Sondern ihr habt es gesagt. Wo ist euer Plan? Ihr gebt auf einmal auf. Ihr habt das doch beschlossen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Steffen Vogel (CSU): Wo ist denn eurer? Wo ist denn deiner?)

– Darüber können wir gerne reden.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur von den Umweltverbänden, sondern auch vom Deutschen Energieberater-Netzwerk, vom Verbraucherservice und von der Vereinigung der Regionalplanung kommen Widerstände. Immer wieder kommt Kritik daran, dass Bayern seine Ziele aufgibt, aber auch daran, dass die Staatsregierung damit Verunsicherung schürt.

Nicht alles im Gesetz ist falsch. Der Aufruf an die Kommunen, sich mehr auf Hitze, Dürre und Starkregen sowie auf Hochwasser einzustellen, steht außer Frage. Es fehlt aber noch ein kleiner Punkt, ein ganz kleiner Punkt: Wer soll das bezahlen? – Das muss man sagen. Wenn man solche Forderungen erhebt, ruft man die Konnexität auf und sagt: Dann muss der Staat hier mit einsteigen.

(Alexander Flierl (CSU): Tun wir doch!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Der Mut hat Sie verlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie haben keinen Plan und machen jetzt einen schändlichen Rückzieher. Das muss ich einfach sagen. Deswegen hoffen wir mit aller Inbrunst auf die guten Geister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Thorsten Glauber. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Vizepräsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schon zu Beginn der Debatte beim Einbringen des Klimaschutzgesetzes gesagt, ist es genauso gekommen, wie angekündigt. Noch einmal: Man muss die Vernünftigkeit des Freistaats Bayern beim Klimaschutzgesetz weiterhin gegenüber anderen Ländern einordnen. Sie führen diese alle auf, lieber Kollege Stümpfig. Glauben Sie ernsthaft, dass es irgendetwas für den Klimaschutz bewirkt, im Parlament Beschlüsse mit Ihrer Beteiligung mit 2040 als Ziel zu fassen?

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Warum machen Sie es dann?)

Nichts! Am Ende sind es Maßnahmen. Mit 6,1 Tonnen steht der Freistaat Bayern an der Spitze der Flächenländer. Das können Sie hier nicht negieren. Deshalb ist es ein Erfolg des Freistaats Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Noch einmal, lieber Kollege Stümpfig, hören Sie zu: Ihr Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat am Ende seiner Amtszeit auf die Frage, warum Baden-Württemberg sein Klimaschutzreduktionsziel von minus 65 % bis 2040 nicht schafft – der baden-württembergische Klimaexpertenrat kommt beim Fahrplan nur auf 53 % Minderung –, gesagt, er kann die Wirtschaft nicht an die Kette legen. Das geht in Baden-Württemberg nicht. Da geht Wirtschaft vor Klimaschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Felix Locke (FREIE WÄHLER): So schaut's aus!)

Dann können Sie noch so oft sagen: Wir beschließen 2040. – Das ist am Ende wie durch den Wald zu laufen, zu pfeifen und zu sagen: Ich fürchte mich nicht. – Damit werden Sie den Klimaschutz nicht erfüllen, Kolleginnen und Kollegen.

Der Freistaat Bayern geht damit anders um. Auch in 2021 und 2022, als Sie mit einem Klimaschutzminister Verantwortung im Bund getragen haben, hat der Freistaat Bayern sich ein Ziel gesetzt. Die Kolleginnen und Kollegen haben ausgeführt, dass man sportlich und ambitioniert an das Thema herangegangen ist. Aber wenn wir in der Gesetzgebung bei der Mobilität komplett auf Bundeszuständigkeit verweisen müssen, wenn wir bei der Gebäudeemission auf Bundeszuständigkeit verweisen müssen, wenn wir bei der Industrie auf Bundeszuständigkeit verweisen müssen – nur bei der erneuerbaren Energie haben die Länder einen gewissen Spielraum –, dann sind wir natürlich vom Bundesfahrplan und den Emissionsminderungen abhängig.

Dann gehört es zur Ehrlichkeit, nicht einfach wie andere Bundesländer das Jahr 2040 als Ziel zu beschließen und zu sagen: Völlig egal, was dann kommt. – Sondern wir machen durch diese Verschränkung den Bürgerinnen und Bürger eines klar: Wir stellen dar, dass wir den Klimaschutz ernst nehmen, dass wir mit 6,1 Tonnen an der Spitze stehen, dass wir von unserem Ziel, klimaneutral zu werden, nicht abweichen, aber dass wir damit ehrlich umgehen. Das ehrliche Umgehen würde ich mir auch von anderen Bundesländern erwarten, in denen Sie Verantwortung tragen, statt einfach nur den Menschen plakativ etwas hinzulegen.

Vorhin ist gefragt worden, was der Freistaat Bayern tut. Die ÖPNV-Strategie ist am 28.04.2026 im Kabinett beschlossen worden. Allein sie bringt uns ab 2030 – Christian Bernreiter sitzt da – ein 3-Millionen-Tonnen-Minderungsziel im Freistaat Bayern zusätzlich. Beim Klimaschutzprogramm wurden die 1,1 Millionen Tonnen und die Maßnahmen angesprochen.

Wir sind in allen Bereichen der großen vier Themenfelder, wir sind bei der erneuerbaren Energie spitzenmäßig unterwegs. Nehmen wir einmal die Geothermie: Kein anderes Bundesland lässt in der Geothermie so viel See- und Flussthermie für die Energiegewinnung zu wie der Freistaat Bayern. Kein anderes Bundesland hat momentan so viele Windkraftanlagen im Genehmigungsverfahren – die aus anderen Gründen momentan nicht gebaut werden. Kein anderes Bundesland nutzt so viel Sonnenenergie wie der Freistaat Bayern. Kein anderes Bundesland erzeugt so viel Biogasenergie wie der Freistaat Bayern. Entscheidend ist nun, dass der Bund eine Anschlussfinanzierung schafft, damit diese Biogasanlagen funktionieren und am Ende nicht neue Gaskraftwerke gebaut werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Freistaat Bayern weiß, wie erneuerbare Energien funktionieren. Der Freistaat Bayern weiß, wie Treibhausgasminderungsziele erreicht werden können. Und wir machen vor allem eines: Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger mit. Nur gemeinsam wird man es schaffen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Klimaschutzgesetz am Ende des Tages viel Zuspruch in der Bevölkerung erfahren werden. Ich danke unserem Klimarat, der uns immer unterstützt hat, und der Klima-Allianz aus vielen Unternehmen in Bayern, die uns Rückenwind gibt, dieses Klimaschutzziel zu verändern, weil es ehrlich ist. Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es richtig, und ich bitte noch einmal um Zustimmung zu unserem Gesetz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst liegt mir die Anfrage des Abgeordneten Schuberl vor, ob Sie eine Zwischenfrage erlauben.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ja, natürlich.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Dann erteile ich Herrn Kollegen Toni Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Zwischenfrage das Wort. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, Sie hätten einen Plan, um bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Sie haben zwar Pläne dafür, dass man ein paar Hundert Millionen Tonnen Treibhausgas reduziert. Aber was ist Ihr Plan, um wirklich Klimaneutralität zu erreichen? Wird es im Jahr 2045 in Bayern noch möglich oder erlaubt sein, fossiles Gas, Diesel und Benzin zu verbrennen? Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Lieber Kollege Schuberl, ich weiß nicht, ob Sie mir zuhören. In Bayern können wir natürlich über eine Förderung Unternehmungen anstoßen. Ich habe beschrieben, dass die Zuständigkeit für den Verkehr und für Gebäude beim Bund liegt, die Zuständigkeit für die Industrie liegt beim Bund oder Europa; aber die Zuständigkeit für die Energie liegt in Teilen bei den Ländern. Dort ist eine Förderung möglich.

Um auf Ihre Frage zu antworten: Nur wenn der Bund seine Ziele erfüllt. Der Freistaat Bayern steht mit 6,1 Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kopf besser da als der Bund. Bayern wird am Ende diesen Fahrplan natürlich miterfüllen. Wird der Bund ihn nicht erfüllen, wird es auch in Bayern nicht allein gehen. Dann wird es aber auch in allen anderen Bundesländern nicht gehen. Die Frage, ob es am Ende des Tages einen Fahrplan gibt, beantwortet sich daher selbst: Natürlich gibt es sowohl auf Bundesebene als auch in Bayern einen Plan. Unser Plan funktioniert aber nur, wenn alle Ebenen die Pläne tatsächlich umsetzen, und 90 % der Zuständigkeit liegen beim Bund und bei Europa.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordnetem Harry Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Minister, ich schätze es, wenn Sie sagen, dass Sie ehrlich sind; aber Sie müssen in diesem Fall auch ehrlich zugeben, dass Sie versagt haben.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Wagle (CSU):
Meine Güte!)

Sonst würden Sie heute keinen Rückzieher machen. Sie erzählen von großen Maßnahmen. Sie haben alles falsch geplant. Hier hat man uns erzählt, dass alles so gut läuft. Anscheinend läuft es aber nicht so gut, sonst müssten Sie keinen Rückzieher machen. Sie machen in der Klimapolitik einen gewaltigen Rückzieher. Das wird sich meiner Meinung nach auch auf die Arbeitsplätze auswirken, weil die Leute doch erwarten, dass etwas vorangeht.

Vorhin wurde ausgeführt, dass man in den Betrieben stolz darauf ist und man die Maßnahmen für den Klimaschutz zeigt. Das unterstützen wir. Lieber Kollege, in diesem Jahr kämpfen 700.000 Personen für den Klimaschutz. Das sind deren Arbeitsplätze, und sie verdienen ihr Einkommen damit. Das sollte immer dazugesagt werden.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Lieber Kollege Scheuenstuhl, ich kann jetzt die Jahreszahl nicht genau benennen, aber die SPD regiert im Bund gefühlt seit einer Ewigkeit. Auf Bundesebene sind Sie für den Klimaschutz und das Klimaschutzgesetz gefühlt seit dreißig Jahren verantwortlich. Von Ihrem 65 %-Ziel für das Jahr 2040 erreichen Sie aktuell nur 50 %, lieber Harry Scheuenstuhl. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie mit 90 % der Zuständigkeit nur dieses Ziel erreicht haben, hat man in Berlin in den letzten dreißig Jahre die Hausaufgaben nicht gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 5 und 6 – Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.